

Der Bund

Die Burgergemeinden abschaffen?

Die SP des Kantons Bern fordert in einem offiziellen Papier die Abschaffung der Burgergemeinden. Wie diese brisante Idee entstanden ist, will heute niemand mehr so genau wissen.

Die Sozialdemokraten verlangen nicht mehr und nicht weniger als die Abschaffung der über 250 Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen im Kanton Bern. «Die SP ist der Auffassung, dass auf diese Körperschaften verzichtet werden könnte», schreibt sie klipp und klar in ihrer Stellungnahme zur Teilrevision des Gemeindegesetzes («Bund» vom 29. Oktober). Eigenartig dabei ist, dass der Fortbestand der Burgergemeinden weder Bestandteil dieser Revision ist noch via Gemeindegesetz infrage gestellt werden könnte. Stellt sich also die Frage, wer überhaupt auf die Idee kam, eine solch brisante Forderung in ein politisches Alltagsgeschäft zu packen?

Reto Wissmann
Korrespondent Biel/Seeland
@RetoWissmann 02.11.2009

WERBUNG

**CONCORDIA****Mehr erfahren!**

inRead invented by Teads

War es der Berner Stapi?

War es vielleicht der Berner Stadtpräsident, der seinen Einfluss bei der Kantonalpartei geltend machte, um die einflussreiche Burgergemeinde Bern loszuwerden? Alexander Tschäppät winkt ab: «Ich habe damit nichts zu tun.» Die Zusammenarbeit zwischen Einwohner- und Burgergemeinde funktioniere in Bern «mit wenig Reibungsverlusten». Daran wolle er nicht rütteln. Wichtig sei ihm aber, dass ihre sozialen und kulturellen Leistungen keine Geschenke an die Allgemeinheit seien, sondern Leistungen, die sich aus der Aufgabenverteilung zwischen Burgergemeinde und Stadt ergäben.

Deutlich kritischer ist die Haltung der Jungsozialisten gegenüber den Burgern. «Die Burgergemeinde muss aufgelöst werden», schrieb die Juso der Stadt Bern letztes Jahr in einem Positionspapier. Auf die Stellungnahme der Kantonalpartei hätten die Stadtberner Jungsozialisten aber keinen Einfluss genommen, sagt Vorstandsmitglied Halua Pinto de Magalhães – auch wenn er die klaren Worte der

Mutterpartei natürlich begrüsse.

Dann hatte vielleicht die Juso Kanton Bern ihre Finger im Spiel? Auch Fehlanzeige. «Dieses Geschäft kam gar nicht bei uns vorbei», sagt Präsidentin Nadine Masshardt. Sowieso habe die Juso Kanton Bern andere Prioritäten wie Atomausstieg, Klimaschutz oder die Senkung des Stimmrechtsalters.

Vielleicht wars die Präsidentin?

Parteipräsidentin Irène Marti Anliker kommt als Urheberin der Forderung auch nicht infrage. Sie ist selber Bernburgerin, ihr Vater hatte sich einst in die Burgergemeinde eingekauft, und vor 13 Jahren erwarben auch ihr Mann und die beiden Söhne das Bürgerrecht. Dies tue aber eigentlich nichts zur Sache, betont Marti: «Auch als Bürgerin kann man die Burgergemeinden infrage stellen.» Zu ihrer Burgergemeinde habe sie ein entspanntes Verhältnis. Es gehe der SP auch nicht darum, polemisch oder böseartig gegen die Burgergemeinden vorzugehen. «Wir wollen lediglich eine sachliche Diskussion darüber führen, ob die Burgergemeinden noch zeitgemäss und demokratiepolitisch vertretbar sind», so Marti. Die Forderung habe für die SP aber keine Priorität. In der Parteileitung habe man die Stellungnahme zwar abgesegnet, eingebracht habe sie diesen Punkt aber nicht.

Oder war es doch ein Grossrat?

Vorbereitet habe das Papier Grossrat Peter Bernasconi, heisst es auf dem SP-Sekretariat. Ist der frühere Gemeindepräsident von Worb also der Mann, der den Burgergemeinden an den Kragen will? «Ich sehe das sehr differenziert», sagt Bernasconi. Teilweise erfüllten die Burgergemeinden wichtige Aufgaben und funktionierten einwandfrei. Dort dränge sich keine Änderung auf. Es gebe aber auch Burgergemeinden, die sehr «amateurhaft» geführt seien und kaum noch die Jahresrechnung zustande brächten. «Hier braucht es eine Strukturbereinigung», so Bernasconi. Er habe die Stellungnahme zwar tatsächlich verfasst, die Forderung zur Abschaffung der Burgergemeinden sei aber nicht direkt von ihm gekommen: «Die Frage stand einfach im Raum.»

(Der Bund)

Erstellt: 02.11.2009, 07:30 Uhr